

Claus Vogt Marktkommentar - Ausgabe vom 04. September 2015

Je holpriger der Start, desto fulminanter die Goldhaussa

- Unseriöse Staatsschuldenpolitik - damals wie heute der Grundstein für steigende Goldpreise
- In den 70ern explodierte der Goldpreis - entgegen der Prognosen fast aller Experten
- Auch die Goldhaussa der 70er brauchte ihre Zeit ...
- ... und stellte Geduld und Disziplin der Anleger auf eine harte Probe
- Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen?
- Parteien bedienen sich beim Steuerzahler

Unseriöse Staatsschuldenpolitik – damals wie heute der Grundstein für steigende Goldpreise

Liebe Leser,

Ende der 1960er Jahre begann die US-Regierung damit, systematisch über ihre Verhältnisse zu leben. Im Rahmen des damaligen Bretton Woods-Weltwährungssystems war diese unseriöse Politik allerdings nicht auf Dauer möglich. Dennoch machten die USA deutlich, dass sie nicht die Absicht hatten, auf den Weg der haushaltspolitischen Tugend zurückzukehren. So wurde das Ende des Bretton Woods-Weltwährungssystems eingeläutet, das im August 1971 dann auch tatsächlich von US-Präsident Richard Nixon offiziell verkündet wurde.

Die Parallelen zwischen der damaligen Situation und der aktuellen Lage sind frappierend. Diesmal lebt aber nicht nur die US-Regierung systematisch über ihre Verhältnisse, sondern fast die ganze Welt. Dass diese unseriöse Politik auch jetzt wieder nicht auf Dauer möglich ist, wissen Sie genauso gut wie ich. Dennoch werden keinerlei Anstalten gemacht, um auf den Weg der haushaltspolitischen Tugend zurückzukehren. Im Gegenteil. Um den Kollaps des Systems zu verzögern, sind die Zentralbanken inzwischen in großem Stil und ohne Rücksicht auf Verluste und Kollateralschäden in die Staatsfinanzierung mit der Gelddruckmaschine eingestiegen. Dauerhaft verhindern können sie den Zusammenbruch unseres Weltwährungssystems damit aber nicht.

In den 70ern explodierte der Goldpreis – entgegen der Prognosen fast aller Experten

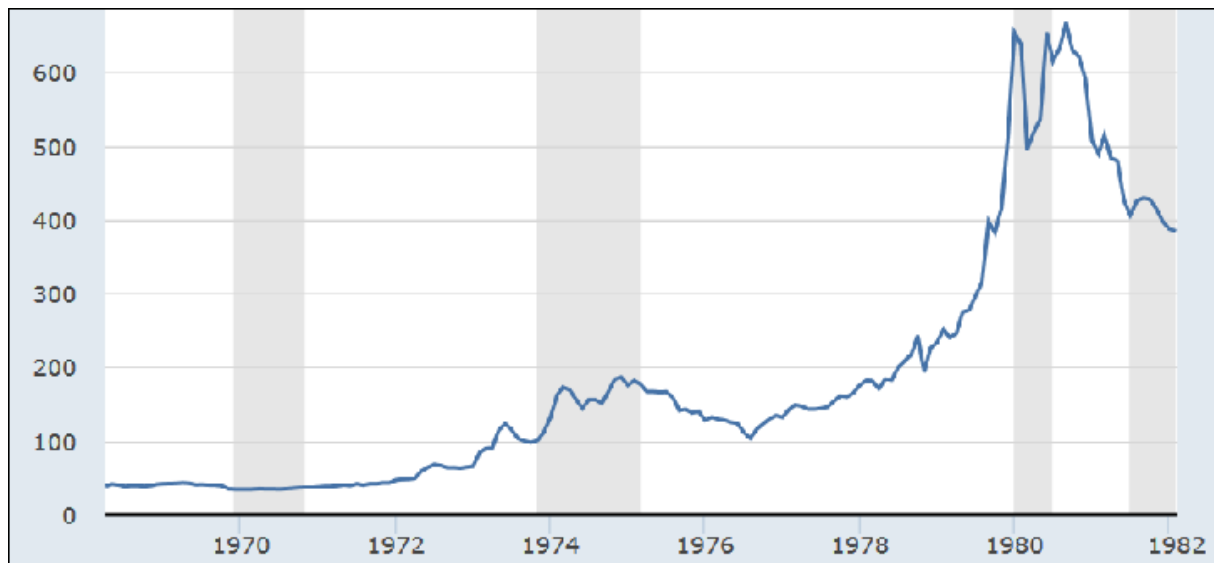
Als sich das Ende des Bretton Woods-Weltwährungssystems immer deutlicher abzeichnete, prognostizierte die große Mehrheit der Ökonomen einen drastischen Rückgang des Goldpreises. Sie begründeten diese Prognose damit, dass die Goldnachfrage zusammenbrechen müsse, sobald die monetäre Rolle des Goldes innerhalb des Weltwährungssystems abgeschafft werde. Offenbar waren alle der Meinung, dass Gold nur dann wertvoll sei, wenn es vom Staat dazu gemacht wird – obwohl die Geschichte etwas ganz anders lehrt. Entgegen dieser weitverbreiteten Prognose stieg der Goldpreis in den darauf folgenden Jahren von 35 \$ pro Unze auf einen Höchstkurs von 850 \$. Ein ähnlicher Anstieg ist auch heute wahrscheinlich.

Das Ausmaß der Staatsgläubigkeit, das aus dieser geradezu absurden Geisteshaltung der damaligen Experten spricht, wird heute sogar noch übertroffen. Zurzeit wird das Denken nahezu aller Ökonomen von einem geradezu religiösen Glauben an die Wunderkräfte der Zentralbankbürokraten bestimmt. Diese würden dafür sorgen, dass das ökonomisch Unmögliche Realität und schließlich alles gut wird.

Die Notwendigkeit, Gold als Versicherung vor den Folgen der rundum unseriösen Geld- und Staatsschuldenpolitik zu halten, wird von den zeitgenössischen Experten ebenso wenig erkannt wie die bevorstehende Goldhaushalt der 70er Jahre von ihren ahnungslosen Vorgängern. Gold sei lediglich „eine volatile und riskante Anlageform ohne inneren Wert“, schrieb kürzlich ein Experte einer deutschen Bank und brachte damit die Denkweise der meisten modernen Experten auf den Punkt.

Ich gehe davon aus, dass das Endspiel des gegenwärtigen Währungssystems für Gold ebenso bullish sein wird wie es das Ende des Bretton Woods-Weltwährungssystems gewesen ist. Eine ausführliche Darstellung meiner diesbezüglichen Überlegungen lesen Sie in meiner jüngsten Krisensicher Investieren Themenschwerpunkt-Ausgabe „Weltwährungssystem und Staatsfinanzierung vor dem Kollaps“, die sie unbedingt kennen sollten, um das aktuelle Geschehen besser einordnen zu können.

Goldpreis pro Unze in \$, 1968 bis 1982



Entgegen zahlreicher Prognosen stürzte der Goldpreis nach der Aufhebung der Goldbindung des Dollars im Jahr 1971 nicht ab, sondern begann eine spektakuläre Hausse. Quelle: St. Louis Fed

Auch die Goldhausse der 70er brauchte ihre Zeit ...

Nun dürfen Sie aber nicht glauben, dass die Phase der Zerfallerscheinungen, die schließlich zur Abschaffung des Bretton Woods-Währungssystems führten, aus Sicht eines Anlegers einfach zu bewältigen waren. Ganz im Gegenteil. Auch damals setzten die Regierenden natürlich Propaganda ein, um dem Volk vorzugaukeln, dass das Unvermeidliche verhindert werden könne.

Schon deshalb gehörte auch damals eine ganze Portion Mut dazu, eigene Schlussfolgerungen zu ziehen und Skepsis gegenüber den Fähigkeiten und Möglichkeiten von (Geld)-Politikern zu beweisen und Gold zu kaufen. Wie bereits erwähnt, musste sich der Anleger auch damals schon der vorherrschenden Mehrheitsmeinung entgegenstellen, wenn er Gold kaufen wollte.

... und stellte Geduld und Disziplin der Anleger auf eine harte Probe

Der folgende Chart zeigt Ihnen den Goldpreis pro Unze in Dollar von 1968 bis 1972. Hier erkennen Sie, dass diese Phase, die auf längerfristigen Charts nach großer Langeweile aussieht, für damalige Anleger überaus spannend und nervenaufreibend war.

Goldpreis pro Unze in \$, 1968 bis 1972



Die fulminante Goldhausse der 70er Jahre erlebte einen holprigen Start. Quelle: St. Louis Fed

Erst nach diesem ersten Härtetest, der im März 1969 begann und erst Anfang 1972 mit neuen Höchstkursen beendet wurde, nahm die spektakuläre Goldhausse der 1970er Jahre Fahrt auf. Im Verlauf dieser Hausse schoss der Goldpreis um mehr als 2.000% nach oben.

Aufgrund der großen Parallelen zwischen der damaligen Situation und der heutigen Lage, erwarte ich für die kommenden Jahre eine ähnlich spektakuläre Entwicklung. Es wird also höchste Zeit für Sie, sich entsprechend zu positionieren: Kaufen Sie Gold.

Außerdem sind die Goldminenaktien derzeit total ausgebombt. Sie besitzen ein noch viel größeres Kurspotenzial als Gold selbst. [Welche Goldminen ich jetzt schon kaufe, erfahren Sie in der aktuellen Ausgabe von Krisensicher Investieren. Jetzt 30 Tage kostenlos testen.](#)

Bis nächsten Freitag.

Ihr

Claus Vogt

Claus Vogt, Chefredakteur Krisensicher Investieren

P.S.: André Kostolany hat einmal gesagt: „Börsengewinne sind Schmerzensgeld – erst kommen die Schmerzen, dann das Geld“. Nach der

Entwicklung der vergangenen Jahre zu urteilen, wird es letztlich auch beim Gold wieder genauso gewesen sein.

[Schützen und mehren Sie Ihr Vermögen und testen Sie noch heute KRISENSICHER INVESTIEREN 30 Tage kostenlos.](#)

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs Krisensicher Investieren.

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).

Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen?

Parteien bedienen sich beim Steuerzahler

Autor: Gotthilf Steuerzahler

Liebe Leserinnen und Leser,

nach dem Grundgesetz wirken die Parteien bei der Willensbildung des Volkes mit. Aus dieser zunächst recht bescheidenen Rolle haben sich die Parteien längst gelöst; in der deutschen Politik läuft kaum etwas ohne sie. Im Zuge ihres Aufgaben- und Machtzuwachses ist es den Parteien auch gelungen, sich Zugriff auf die öffentlichen Kassen zu verschaffen, und zwar in einem Umfang, wie es ihn in kaum einem anderen demokratischen Staat gibt.

Nach den Formulierungen des Bundesverfassungsgerichts setzt die moderne parlamentarische Demokratie die Existenz politischer Parteien voraus. Diese seien berufen, die Bürger zu politischen Handlungseinheiten mit dem Ziel der Beteiligung an der Willensbildung in den Staatsorganen organisatorisch zusammenzufassen. Die Parteien nominieren die Kandidaten für die Parlamente, beschließen Wahlprogramme, führen Wahlkämpfe und wirken auch außerhalb der Wahltermine über ihre Abgeordneten und die von ihnen getragenen Regierungen an der gesamten staatlich-politischen Entscheidungsfindung mit.

Alle diese Aktivitäten kosten die Parteien Geld, viel Geld. Das kann man sich von den Parteimitgliedern holen oder von großzügigen Spendern. Am liebsten aber greift man direkt oder indirekt auf Steuergelder zu, da waren sich bisher alle Parteien einig. Schließlich kann man ja als Gesetzgeber die Dinge zum eigenen Vorteil „gestalten“.

Ursprünglich gab es keine Steuerfinanzierung der Parteien

In der Frühzeit der Bundesrepublik finanzierten sich die Parteien ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und aus Spenden. Im Jahr 1959 wurde dann mit der Parteienfinanzierung aus Steuermitteln begonnen. Die im Bundestag vertretenen Parteien erhielten jährlich öffentliche Mittel in Millionenhöhe für die politische Bildungsarbeit und für allgemeine Aufgaben.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht diese Handhabung im Jahr 1966 für verfassungswidrig erklärt hatte, lenkten die Parteien die Gelder für die Bildungsarbeit einfach auf ihre Parteistiftungen um. Waren es 1970 lediglich 38 Millionen Euro für die damals vier Stiftungen, sind es derzeit annähernd 500 Millionen Euro, welche die nunmehr sechs Parteistiftungen

aus dem Bundeshaushalt bekommen. Eine rasante Entwicklung, kann man dazu nur sagen! Natürlich werden mit dem vielen Geld Aufgaben erledigt, die auch für die Parteien nützlich sind.

Jährlich 150 Millionen Euro Steuergelder für die Parteien

An die Stelle der allgemeinen Finanzierung der Parteien aus dem Bundeshaushalt trat ab 1967 das System der Wahlkampfkostenerstattungen. Als Ergebnis von Skandalen und von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts wurde die staatliche Parteienfinanzierung seither mehrfach geändert. Zurzeit beträgt das Gesamtvolumen der staatlichen Mittel, die an alle Parteien höchstens ausbezahlt werden dürfen, jährlich etwas mehr als 150 Millionen Euro. Regelmäßige Erhöhungen dieses Betrages sind selbstverständlich vorgesehen. Die Parteien erhalten nach einem komplizierten Berechnungssystem Steuergelder, und zwar abhängig von den für sie abgegebenen Wählerstimmen sowie den eigenen Einnahmen, also den Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Die an die einzelnen Parteien auszuzahlenden Steuergelder dürfen nicht höher sein als die jeweiligen Eigeneinnahmen.

Kleinere Spenden sind steuerlich absetzbar

Was Spenden anbetrifft, so dürfen die Parteien diese in unbegrenzter Höhe entgegennehmen. Die Spenden sind jedoch nur in Höhe bestimmter Beträge steuerlich absetzbar und müssen von natürlichen Personen stammen. Hier verzichtet der Staat zugunsten der Parteien in erheblichem Umfang auf Steuereinnahmen. Spenden von juristischen Personen, also beispielsweise von Unternehmen, können nicht steuermindernd geltend gemacht werden. Auch sind die Parteien von der Erbschafts- und Schenkungssteuer befreit.

Mandatsträger müssen an die Parteien zahlen

Im Laufe der Zeit haben die Parteien Mittel und Wege gefunden, auf Umwegen an weitere öffentliche Gelder heranzukommen. Das gilt beispielsweise für die sogenannten Mandatsträgerbeiträge, das sind regelmäßige Geldleistungen, die der Inhaber eines öffentlichen Wahlamtes über den normalen Mitgliedsbeitrag hinaus an seine Partei leistet. Bezahlt werden die Beiträge letztlich aus den Diäten usw., welche die Abgeordneten und sonstigen Mandatsträger aus Steuermitteln erhalten. Formal ist die Zahlung dieser sogenannten „Parteisteuer“ natürlich freiwillig. Ein Politiker, der die Zahlung verweigert, würde jedoch seine erneute Nominierung oder sogar seine Parteimitgliedschaft verlieren.

Fraktionszuschüsse kommen indirekt den Parteien zugute

Im Verdacht einer indirekten Parteienfinanzierung stehen auch die Fraktionszuschüsse, deren Umfang in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Die Fraktionen im Bundestag ebenso wie in den Länderparlamenten erhalten staatliche Mittel, damit sie ihre Aufgaben im Rahmen der parlamentarischen Demokratie angemessen und effektiv wahrnehmen können. Der weitaus größte Teil dieser Gelder wird für Fraktionsmitarbeiter ausgegeben. Zwar ist die Verwendung von Fraktionsmitteln für die Parteiarbeit unzulässig. Indirekt kommt die Tätigkeit der Fraktionen den Parteien aber durchaus zugute.

Die Parlamente sind zu groß und zu teuer

Schließlich sind die Parteien die treibende Kraft hinter vielen Entwicklungen, welche die steuerzahlenden Bürger teuer zu stehen kommen. In dem Bestreben, ihre Mitglieder mit gutdotierten Pöstchen zu versorgen, haben die Parteien dafür gesorgt, dass die Gesetzgebungsorgane viel zu groß und viel zu teuer geworden sind. Dies gilt insbesondere für die Bundesländer, wo der Gesetzgeber nicht mehr viel zu entscheiden hat. Zumindest in den kleineren Bundesländern würden Feierabendparlamente reichen. Stattdessen gibt es dort hochdotierte Vollzeitparlamentarier mit üppiger Altersversorgung.

Nur durch mehr direkte Demokratie könnte sich etwas ändern

Natürlich kann man sich vorstellen, alle diese teuren Übertreibungen wieder zurückzudrehen. Aber es gibt derzeit keine politische Kraft, die sich für dieses Anliegen einsetzt. Schließlich profitieren alle Parteien vom direkten oder indirekten Zugriff auf die öffentlichen Mittel. Es könnte sich nur etwas ändern, wenn die Staatsbürger durch Volksbegehren und Volksabstimmungen sehr viel mehr Macht ausüben könnten als zurzeit. Aber dass die Dinge sich dahingehend entwickeln, liebe Leserinnen und Leser, werde ich wohl nicht mehr erleben, sagt voller Resignation

Ihr

Gotthilf Steuerzahler

Dieser Text stammt aus dem kostenlosen Newsletter [Claus Vogt Marktkommentar](#).

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs [Krisensicher Investieren](#).

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).